

*Ursula Engelen-Kefer*

**Der 1. Mai 2015**

**Die Arbeit der Zukunft gestalten wir**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

an diesem 1. Mai 2015 erinnern wir uns:

Vor 125 Jahren beschloss der Gründungskongress der Zweiten Internationalen den 1. Mai als Internationalen „Kampftag der Arbeiterbewegung“ auszurufen.

Vorangegangen waren Jahre blutiger Auseinandersetzungen zwischen ausgebeuteten Arbeitern und hartleibigen Arbeitgebern begonnen in den USA.

Erstmalig fand am 1. Mai 1890 dieser Protest- und Gedenktag mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt statt.

Bei uns wurde der 1. Mai als allgemeiner gesetzlicher Feiertag erst nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt.

Gerade heute sollten wir daran erinnern, welch hohen Preis Arbeitnehmer der vergangenen Generationen dafür zahlen mussten, menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchzukämpfen.

Kolleginnen und Kollegen,

dies ist keine Geschichtsverklärung.

Auch heute müssen Arbeitnehmer, Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften gegen Boykott und Blockaden in den Betrieben hart kämpfen.

Geändert haben sich allerdings die Problemfelder:

Dabei sind es vor allem Globalisierung, Digitalisierung und ein entgrenzter Finanzkapitalismus, die Arbeitnehmer und Gewerkschaften vor immer neue Herausforderungen stellen.

Wir sagen an diesem 1. Mai 2015 an die Adresse der Arbeitgeber und der Bundesregierung:

Wir lassen nicht locker und werden weiterhin für humane Arbeit kämpfen.

Ein weiterer Rückblick ist angebracht:

Der 1. Mai 2015 fällt in das siebte Jahrzehnt der Gründung der Einheitsgewerkschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Dies war die Lehre aus den bitteren Erfahrungen der politischen Spaltung und Schwäche der Gewerkschaften in der Weimarer Republik sowie Zerschlagung und Blutzoll im Nationalsozialismus.

### **Zukünftige Herausforderungen der Gewerkschaften**

Beides - Der Rückblick in die 125 - wie auch die 70-jährige Geschichte der Gewerkschaften muß zum Nachdenken auch über die zukünftigen Herausforderungen anregen.

Dabei haben die Gewerkschaften beachtliche Erfolge für die Arbeitnehmer erstreiten können - sowohl auf tariflicher und betrieblicher Ebene wie auch in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Zu bröckeln begann diese Einflußnahme des DGB allerdings bereits seit den Erdöl- und Strukturkrisen mit steigender Arbeitslosigkeit Ende der 1970er Jahre.

Seither gab es unter wechselnden Bundesregierungen einen ständigen Sozialabbau.

Ich nenne nur die wichtigsten Stichworte:

- Einschränkungen des Kündigungsschutzes,
- massiver Rentenabbau,
- Verschlechterungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung,
- Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes,
- sowie massive Steuergeschenke an Wohlhabende und Konzerne.

Im Zuge der Verbesserung der Weltkonjunktur seit 2010 konnte die Bundesrepublik zweifellos mit der spürbaren Verbesserung der Beschäftigung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit einen wirtschaftlichen und finanziellen Spitzenplatz in der EU einnehmen.

Auch dazu haben wir als Gewerkschaften mit unserer Tarifpolitik, Mitbestimmung und Sozialpolitik unseren Beitrag geleistet.

Bereits von einem Zweiten Wirtschafts- und Beschäftigungswunder zu sprechen - wie dies aus Kreisen von Wirtschaft und Politik zu hören ist - muss jedoch für viele Arbeitnehmer eher wie Hohn klingen.

Die soziale Spaltung hat gerade in der Bundesrepublik drastischer als in anderen EU Ländern zugenommen.

Spitzeneinkommen, große Vermögen, Erbschaften und hohe Kapitalerträge konzentrieren sich immer mehr in den Händen von immer weniger Wohlhabenden.

Gleichzeitig sind 7,5 Prozent der Menschen in unserem Land und ein doppelt so hoher Anteil der Kinder von Armut betroffen.

Der soziale Abstieg hat inzwischen auch die sogenannte Mitte der Gesellschaft erfaßt.

Unüberschaubar sind die finanziellen Lasten aus den europäischen Finanzkrisen - verschärft durch die rigorosen Schuldenbremsen im Grundgesetz.

Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen nicht zulassen, dass die Verteilungs- und Machtkämpfe zugunsten des Finanzkapitals und gegen die Menschen in Europa und in Deutschland entschieden werden.

Wir müssen dafür sorgen, dass an Stelle der rigorosen und demokratiefeindlichen Kürzungspolitik Wachstum und Beschäftigung gefördert wird.

Es ist nicht zu verantworten, dass in Griechenland und anderen EU Krisenländern Mindestlöhne und Renten drastisch gekürzt werden und die Menschen nicht mehr wissen, wie sie überleben sollen - aber gleichzeitig ungeniert hunderte von Milliarden Euro an der Steuer vorbei über Schweizer Konten ins Ausland geschafft werden.

Die Menschen in Griechenland haben sich gegen die korrupten Vorgängerregierungen entschieden und Tsipras mit Syriza in die Regierungsverantwortung gewählt.

Jetzt wird es darauf ankommen, ob die neue griechische Regierung genügend Willen und Kraft hat, die schreienden Verteilungsungerechtigkeiten anzupacken.

Dabei müssen EU Kommission und Mitgliedsregierungen helfen.

Europäische Integration heißt auch Solidarität - allerdings mit gerechter Verteilung von Arbeits- und Lebenschancen, sowohl in den Krisenländern wie auch bei uns.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir brauchen keinen Public Relations Aktionismus der EU Kommission - seien es unwirksame Jugendprogramme oder fragwürdige Wachstumsinitiativen.

Erforderlich sind vielmehr wirksame Beschäftigungsgarantien für junge Menschen sowie realistische Wachstumsprogramme mit ausreichenden finanziellen Mitteln und vor allem praktischen Hilfen bei der Umsetzung.

Angst und Unzufriedenheit der Menschen mit der nationalen und Europapolitik erreichen bereits gefährliche Ausmaße.

Politische Radikalisierung gibt es nicht nur in den südeuropäischen Krisenländern, sondern auch in solchen Kernländern der Europäischen Gemeinschaft (EU) wie Frankreich, Großbritannien und selbst den als Vorbilder für den Sozialstaat geltenden skandinavischen Mitgliedsländern.

In der Bundesrepublik bedeuten das Aufkeimen von Fremdenfeindlichkeit mit der Pegida Bewegung, aber auch derartige Tendenzen in der neu gegründeten Partei AfD, ebenfalls nicht zu unterschätzende politische Gefahren.

Kolleginnen und Kollegen,

hier sind auch wir als Gewerkschaften gefordert:

Wir müssen den „braunen“ Anfängen wehren, wo immer sie erkennbar sind. Dabei ist die beste Gegenwehr der wirksame Einsatz für: Aufklärung, Bildung, Ausbildung, gute Arbeit sowie humane Arbeits- und Lebensbedingungen.

### **Mindestlohn durchsetzen**

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro ist uns ein wichtiger Schritt bei der Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt gelungen.

Vom Mindestlohn werden zwischen 3 und 4 Millionen Arbeitnehmer, vor allem Frauen profitieren, die bis jetzt zu teilweise erheblich niedrigeren Löhnen arbeiten mussten.

Vorangegangen war ein jahrelanger Streit.

Die Arbeitgeber haben die Ordnungspolitik sowie die Tarifautonomie wie eine Monstranz gegen den gesetzlichen Mindestlohn vor sich her getragen.

Ich frage allerdings: Warum haben sie dann die schleichende Aushöhlung der Tarifverträge nicht nur nicht behindert, sondern noch weiter befördert.

Ihr müsst leidvoll in Eurer täglichen Gewerkschaftsarbeit erfahren:

- Austritte von Arbeitern aus oder Nichteintritte in Tarifverbände,
- Verbreitung von Arbeitgeberverbänden ohne Tarifverträge,
- Behinderung von Betriebsräten und Gewerkschaften und damit Euren Möglichkeiten, die Umsetzung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen überhaupt durchzusetzen.

Kolleginnen und Kollegen,

Jetzt kommt es darauf an, die vielfältigen Umgehungen einzelner Arbeitgeber bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu unterbinden und seine Durchlöcherung zu verhindern.

Dies gilt vor allem für die Verweigerung des Mindestlohnes für etwa 400 000 Jugendliche sowie 1 Million Langzeitarbeitslose in den ersten 6 Monaten ihrer Beschäftigung.

Ausnahmen gelten ebenfalls für Hunderttausende von Praktikanten, Saisonarbeitskräften, Zeitungszustellern und ausländischen LKW Fahrern.

Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen nicht locker lassen.

Diese Ausnahmen, die häufig Geringverdiener mit harten Arbeitsbedingungen treffen, müssen aus dem Gesetz!

Eines ist bereits jetzt klar:

Der ab 2015 bis 2017 geltende Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde wird nur in wenigen Fällen aus der Hartz IV Falle herausführen und Armut im Alter vermeiden.

Dies gilt umso mehr, je länger die tariflichen Ausnahmeregelungen von dem gesetzlichen Stundenlohn von 8,50 gelten, je später die Anhebung des Mindestlohnes beginnt und je geringer sie ausfällt.

Kolleginnen und Kollegen,

Der gesetzliche Mindestlohn muss ohne Verzögerungstaktik auf breiter Basis eingeführt werden.

Vor allem muss die Mindestlohnkommission ihre Arbeit unverzüglich aufnehmen und sich zunächst möglichst schnell auf einen neuen Vorsitzenden verständigen.

Angepackt werden muss ein weiterer erheblicher Nachbesserungsbedarf  
- bei effektiven Kontrollen und  
- wirksamen Sanktionen im Fall von Verstößen der Arbeitgeber gegen das Gesetz.

Allerdings gehen die politischen Tendenzen in die umgekehrte Richtung.

Arbeitgeber und CDU/CSU wollen unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus die Erfassung von Arbeitszeiten vor allem bei den Niedriglöhnen und in den Minijobs wieder abschaffen.

Auch von hier aus sollten wir Bundesarbeitsministerin der SPD, Andrea Nahles, auffordern:

Bleib standhaft bei der Ablehnung dieses durchsichtigen und fadenscheinigen Manövers der unheiligen Allianz aus Wirtschaft und Teilen von CDU/CSU, die Arbeitszeiterfassung für Geringverdiener abzuschaffen.

Der gesetzliche Mindestlohn darf nicht zu einem zahnlösen Tiger werden - gerade für die Arbeitnehmer und vor allem Arbeitnehmerinnen, die ihn dringend brauchen!

Auch unsere DGB Hotline zeigt mit aller Deutlichkeit die schamlosen Ausweichmanöver einzelner Arbeitgeber - Minijobs, Praktika, Zeitungszusteller stehen dabei im Mittelpunkt:

- Brief-, Paket- und Zeitungszusteller müssen eine bestimmte Menge austragen oder Reinigungskräfte eine höhere Arbeitsbelastung tragen, wofür die vorgegebene Zeit nicht ausreicht,
- Zuschläge für besondere Belastungen, Schicht- Nacht- oder Wochenendarbeit werden auf den Mindest-Stundenlohn angerechnet,
- Verschiedentlich wird ein Festgehalt pro Monat vereinbart, was Unterschreitung der 8,50 Euro pro Stunde führen kann.
- Ebenfalls erfolgt in einigen Fällen die Anrechnung betrieblicher Zusatzleistungen- z. B. Betriebsrenten oder vermögenswirksame Leistungen -

auf den gesetzlichen Mindestlohn -oder Versuche, Arbeitszeiten in Pausenzeiten umzuwidmen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen dafür sorgen:

Die Wirtschaft sollte ihre Energie und Kreativität darauf richten, gute Arbeit zu schaffen und ihren Arbeitnehmern berufliche Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Dies würde auch ihnen und ihren Unternehmen erheblich bessere Zukunftschancen eröffnen.

### **Befristete Beschäftigung begrenzen**

Weitere Schritte der Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt müssen dringend folgen.

Die ausufernde befristete Beschäftigung muss wieder auf das Vorliegen eines sachlichen Grundes beschränkt werden.

Wenn die Hälfte der Neueinstellungen nur noch befristet erfolgt, ist unser Arbeits- und Sozialrecht auf den Kopf gestellt.

Der Kündigungsschutz - für die Wirtschaft schon längst ein Dorn im Auge und wird damit faktisch ausgehebelt.

Wir wissen doch, dass Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen vielfach gar nicht in der Lage sind, die ihnen zustehenden Löhne, sonstigen Leistungen und Rechte überhaupt durchzusetzen.

Sie fürchten zu Recht, ihre Arbeit zu verlieren oder aus dem Job gemobbt zu werden.

Nicht ohne Grund nehmen die psychischen Erkrankungen bis zum Burnout in den Betrieben und Verwaltungen dramatisch zu.

Kolleginnen und Kollegen,

dies sind bedrohliche Warnzeichen.

Wir müssen sie ernst nehmen und diesen Mißbrauch mit der Befristung von Arbeitsverhältnissen beenden.

Die Bundesregierung ist darüberhinaus gefordert, den Mißbrauch mit Werkverträgen durch einen gesetzlichen Riegel zu bekämpfen.

### **Minijobs-Ersatz durch reguläre Beschäftigung**

Für Frauen besonders wichtig ist die Bekämpfung des Skandals der explodierenden Minijobs auf inzwischen weit über 7 Millionen, davon zwei Drittel für Frauen.

Dies ist eine der wesentlichen Ursachen für Armut bei Arbeit und im Alter vor allem für Frauen.

Besonders betroffen davon sind die alleinerziehenden Frauen mit 40 Prozent Anteil an den Hartz IV Empfängern und entsprechend einem hohen Anteil in der Grundsicherung.

Dabei gibt es keinen Zweifel:

In kaum einem Bereich ist der Handlungsbedarf so groß wie bei den Minijobs und gleichzeitig ist die politische Blockade in Politik, bei den Tarifparteien und der Gesellschaft insgesamt so hartnäckig.

Nach Abzug von Schülern, Studenten und Rentnern arbeiten 80 Prozent der Minijobber/innen zu Niedriglöhnen.

Diejenigen mit einem Mini-Nebenjob verdienen zu 40 Prozent nur Niedriglöhne - bei den Frauen sind es über die Hälfte.

Die Behauptung, Minijobber wollten gar nicht länger arbeiten, wird auch durch ständiges Wiederholen nicht richtiger.

Fakt ist vielmehr: Zwei Drittel der Minijobber/innen wollen länger arbeiten und natürlich auch mehr verdienen.

Wir sollten daher auch an diesem 1. Mai die Bundesregierung auffordern:

- Ändern Sie das Gesetz, schaffen Sie diese skandalösen Armutsfallen bei Arbeit ab. Beziehen Sie alle Arbeitsverhältnisse grundsätzlich in die Sozialversicherungspflicht ein.
- Und: Stellen Sie sicher, dass der gesetzliche Mindestlohn eingehalten und nicht durch die von der Wirtschaft geforderte Abschaffung der Erfassung von Arbeitszeiten gerade bei Minijobs unterlaufen wird.



Es ist ein wichtiges Argument für und nicht gegen den Mindestlohn, dass seit seiner Einführung die Zahl der Minijobs um 250 000 zurückgegangen und die Zahl der regulären Arbeitsverhältnisse weiter ansteigt.

## **Neue Rentenreform vorprogrammiert**

Erstmals seit 3 Jahrzehnten ist es gelungen den Trend der ständigen Verschlechterungen bei der Rente nicht nur anzuhalten, sondern ihn umzudrehen.

Die Einführung der 63er Regelung und der Mütterrente sind Wegmarken zur Erhaltung dieses wichtigen Eckpfeilers unseres Sozialstaates.

Allerdings müssen wir als Gewerkschaften an diesem 1. Mai 2015 die klare Forderung an die Bundesregierung richten:

- Beenden Sie den Beitrags- und Rentenklau der letzten Jahrzehnte und finanzieren Sie das Rentenpaket über Bundessteuern und nicht - wie jetzt vorgesehen - über die Rentenversicherungsbeiträge.
- Schaffen Sie die überfällige Solidarität und beziehen alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung ein.
- Schließen Sie die gravierenden Gerechtigkeitslücken vor allem für Frauen, Geringverdiener und Armutsrentner.
- Stellen Sie wieder unsere bewährte Altersrente her, die weitgehend den Lebensstandard absichert.
- Verhindern Sie, dass Millionen Arbeitnehmer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu Armutsrentnern werden.

Die gesetzliche Altersrente ist kein Almosen des Staates, das willkürlich nach Kassenlage verschlechtert werden darf.

Unsere Rentenversicherungsbeiträge und Rentenansprüche sind nicht das Füllhorn, mit dem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble seine Propaganda zur schwarzen Haushaltsnull finanzieren darf.

Arbeitnehmer haben ihre Ansprüche an eine auskömmliche Rente mit ihren hohen Beiträgen und Steuern durch häufig jahrzehntelange harte Arbeit erworben.

Sie haben einen vom Grundgesetz geschützten Anspruch auf eine ausreichende Rente im Alter und bei Erwerbsminderung.

## **Fazit**

Wir als Gewerkschaften stehen an diesem 1. Mai 2015 vor lebens- und überlebenswichtigen Herausforderungen.

Die Eckpfeiler des Sozialstaates - Tarifautonomie, Soziale Sicherung, humane Arbeit - haben nur dann eine Zukunft, wenn es gelingt, einen Paradigmenwechsel bei der Verteilung von Einkommen, Arbeitsbedingungen sowie Arbeits- und Lebenschancen einzuleiten.

Dazu ist die Einheitsgewerkschaft des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften mindestens so wichtig wie vor 70 Jahren.

Nur gemeinsam sind wir stark.

Dann kann es gelingen, was das Mai Motto verspricht: „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“.